



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 34894 - 99
Fernschreiber 0686890

P/XIII/267 - 24. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Atomwaffen und die Krise um Berlin Zum Vorstoß des amerikanischen Senators Humphrey	47
2	Hessen ließ sich nicht gleichschalten Zu den Landtagswahlen	53
3	De Gaulle - Wahl Die erste Runde der französischen Parlamentswahlen	43
4 - 5	Die Gretchenfrage im VW-Prozeß Es geht um die Gelder der 53 000 VW-Sparer	63
6	Defizit an den deutschen Hochschulen Stipendiaten durch Losentscheid	35
7	Hilfe durchs Radio? Nach den "Atompillen" das "Retterradio"	27

* * * * *
* * * * *

Atomwaffen und die Krise um Berlin

- sp - Der amerikanische Senator Humphrey hat es ausgesprochen: Zwischen der russischen diplomatischen Offensive gegen den derzeitigen Status von Berlin und der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen besteht ein direkter Zusammenhang. Humphrey ist kein Unbekannter, er ist einer der wichtigsten Männer im USA-Senat, als Vorsitzender des USA-Abrüstungsausschusses besitzt er eine intime Kenntnis der Weltprobleme. Er nimmt als amerikanisches Delegationsmitglied an den Genfer Verhandlungen teil, er kennt seine Materie. Vor seiner Reise nach Berlin, die ihn auch weiter nach Moskau führen wird, sagte Humphrey vor der Genfer Presse:

"Die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Verbündeten sind eine Sache für sich. Eine völlig andere Sache ist es, wenn die USA mit der Verteilung von Atomwaffen gerade zu dem Zeitpunkt vorangehen, in dem sie über die Einschränkung ihrer Verwendung verhandeln. Wenn Westdeutschland Kernwaffen erhalte, würden die Sowjets sich dem Druck ausgesetzt sehen, den chinesischen Kommunisten ihrerseits Atomwaffen zu geben. Die amerikanischen Streitkräfte müßten zwar alle verfügbaren Waffen besitzen, aber die Frage eines Teilens dieser Waffen mit anderen Nationen sollte man doch in größeren Zusammenhängen beurteilen".

Das sind klare Worte. Sie treffen den Kern der Dinge. Fast zur gleichen Zeit wandte sich der polnische Außenminister Rapacki in einem Interview mit der britischen Wochenzeitung "Observer" gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen. Seiner Ansicht nach wäre die Berlin-Krise nicht jetzt in solcher Schärfe entstanden, "wenn es nicht die Politik der Remilitarisierung und der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr ... gäbe." Alles dies ist nach Meinung Rapackis eine Bedrohung der Sicherheit der DDR, Polens und ihrer Bundesgenossen geschaffen.

Der amerikanische Senator Humphrey und der polnische Außenminister Rapacki, die von verschiedenen Standpunkten aus zu gleicher Grunderkenntnis gelangt sind, sind Männer von Mut und Initiative, sie zeichnen sich durch Eigenwilligkeit ihres Denkens aus. Die Bundesregierung konnte einem Rapacki die kalte Schulter zeigen, mit ihm Verhandlungen ablehnen, weil er angeblich ein Sprecher Moskaus sei. Das gilt gewiß nicht für den Vorsitzenden der amerikanischen Abrüstungskommission. Noch vor seinem Abflug von Berlin nach Moskau sicherte Humphrey den schwerbedrängten Westberlinern die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten zu. Sein Wort hat Gewicht. Aber gerade die bedrängnis Berline läßt seinen Blick Ausschau halten nach Lösungen, die auf dem Gebiete der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und kontrollierter Abrüstung als Ausgangspunkt für eine gesamteuropäische Sicherheitslösung liegen.

Mit anderen Worten: man muß der Sowjetunion die Furcht vor einer atomar ausgerüsteten Bundesrepublik nehmen, in deren Schatten die Berlin-Aktion vorbereitet wird. Man muß mit der Sowjetunion verhandeln und dies jenseits der Grundlage einer Politik, die sich bisher als unwirksam für Gespräche mit der Sowjetunion erwiesen hat. Dies und nichts mehr wollte Humphrey sagen. Für Strauß und seinem engeren Anhang ist das freilich keine Schalmersmusik.

Hessen ließ sich nicht gleichschalten

sp - Seine Hoffnung, Hessen auf Bonn gleichschalten zu können, mußte Dr. Adenauer schon einige Stunden vor Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses der Wahlen zum Hessischen Landtag begraben; die CDU blieb weit hinter ihren Erwartungen zurück, es gelang ihr nicht, die Bastion Hessen zu stürmen, wie sie es sich vorgenommen hatte. Die SPD zieht zum ersten Male mit der Hälfte aller Mandate in den Landtag ein, auf sie sind 46,9 % aller Stimmen entfallen und dies bei einer Wahlbeteiligung, die man mit 82 v. H. als sehr hoch bezeichnen kann. Die CDU muß sich mit 32 % begnügen, sie kann zwar im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen auf einen Mandatsgewinn von ~~24~~ Mandaten hinweisen, aber in Vergleich zu den Bundestagswahlen vom Jahre 1957, wo sie die SPD etwas überflügelte hatte, fiel sie doch zurück; hier beträgt der Stimmenverlust 8 Prozent, während die SPD einen Gewinn (im Vergleich zu 1957) von fast 10 Prozent auf ihr Konto buchen kann.

Der sozialdemokratische Stimmen- und Mandatszuwachs ist auf die überragenden Leistungen der von Georg August Zinn geführten Regierung zurückzuführen. Nichts hatte dagegen die Opposition, bestehend aus CDU und FDP, aufzuweisen. - dies gilt freilich nur mit gewissen Einschränkungen. Die CDU führte in die Kampfarena den Bundeskanzler und CDU-Chef Adenauer; diese Bonner Hilfe schlug nicht zu Buche. Dr. Adenauer gab sich alle Mühe, mit seinem in früheren Wahlkämpfen so bewährten Wahlkampfstil, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, dem Wahlgegner kein gutes Haar übrig läßt, die hessischen Wähler für die CDU zu gewinnen. Diesmal versagten seine Methoden und Parolen, wie die von "Untergang Deutschlands" und die der "mangelnden Bundestreue"; der hessische Wähler erwies sich immun gegen solche Diffamierungen einer Partei, die durch ihre Aufbauleistungen auf so vielen Gebieten jeden Tag beweist, daß es ihr an Liebe zum deutschen Volke gewiß nicht fehlt. Der Wahlausgang in Hessen ist eine eindrucksvolle Niederlage für den Mann aus Rhöndorf.

Eine bittere Lehre haben auch die Freien Demokraten vom letzten Sonntag zu ziehen. Nur mit knapper Not kamen sie diesmal in die Landtage hinein. In Hessen verloren sie im Vergleich zu den Landtagswahlen mehr als die Hälfte ihres bisherigen Mandatsbestandes, in München erreichten sie mit ihren sieben Mandaten nicht einmal die Fraktionsstärke; sie sind hier von Ausschusssarbeiten ausgeschlossen. Ein Vergleich ist hier angebracht: Nach der Bundestagswahl von 1957 hat es geheißen, die FDP habe deshalb Stimmen und Mandatsverluste aufzuweisen, weil ihr die Düsseldorfer Koalition mit den Sozialdemokraten nicht gut bekommen sei. In Hessen hatte sich die dortige FDP vor den Wahlen verpflichtet, sogar schriftlich verpflichtet, einen solchen "Sündenfall" nicht mehr zu begehen. Diese Verpflichtung rettete sie nicht vor einer Niederlage, von der sie sich in Hessen kaum erholen dürfte.

Die Wahlen in Bayern brachten keine Überraschungen. Immerhin gibt es zu registrieren, daß auch hier, der Ableger der CDU, die CSU, einen im Vergleich zu 1957 zehnprozentigen Stimmenrückgang aufzuweisen hat, wogegen die SPD ihre Position erheblich verbessern konnte. Der Traum von Ministerpräsident Seidel und des Herrn Strauß, den Bundeskanzler als Morgengabe des 23. November Bayern als ein Land mit absoluter CDU-Mehrheit zu präsentieren, ging nicht in Erfüllung; hier machten die Wähler einen Strich durch die Rechnung. Wie in Hessen erwies sich auch hier der BHE widerstandsfähig. Ohne ihn ist sowohl in Hessen als auch in Bayern die Regierungsbildung nicht möglich.

De Gaulle - Wahl

Paris

Der erste Gang bei den französischen Parlamentswahlen hat das von den Meinungsforschungsinstituten vorausgesagte Ergebnis gebracht. Die Kommunistische Partei ging seit 1956 von 25,4 auf 18,9 % Stimmen zurück, bleibt damit aber immer noch die stärkste und geschlossenste politische Gruppe Frankreichs. Die Sozialisten, die ohne Zweifel gehofft hatten, durch ihr Eintreten für de Gaulle einen Teil der schwankend gewordenen Wähler aufzufangen, bleiben konstant. Mit 15,5 % Stimmen haben sie den gleichen Anteil wie im Jahre 1956. Vor den Sozialisten rangiert die gaullistische "Union für die neue Republik" mit 17,6 %, und bald darauf folgen mit 13,7 % der Stimmen die Rechtsunabhängigen. Die großen Verlierer sind die Radikalsozialisten, die von 13,4 % im Jahre 1956 auf 4,8 % bei dieser Wahl zurückgingen. Auch die Volksrepublikaner (MRP) erlitten Stimmenverluste; ihr Anteil beträgt nur noch 9,1 % gegenüber 11,8 % im Jahre 1956.

Im ganzen kann gesagt werden, daß - nach dem Stimmenergebnis zu urteilen - alle Parteien, die sich beim Verfassungs-Volksentscheid gegen de Gaulle ausgesprochen hatten, Verluste erlitten, während diejenigen Gruppen, die für de Gaulle's Verfassungsentwurf eintraten, die Gewinner geworden oder konstant geblieben sind. Interessant ist, daß im ersten Wahlgang bekannte Persönlichkeiten, die bei früheren Wahlen meist sicher durchs Ziel gingen, entweder ganz ausscheiden werden oder im zweiten Wahlgang am kommenden Sonntag noch einmal ihr Glück versuchen müssen. Dazu gehören u. a. der frühere Ministerpräsident und Vorsitzende der Radikalsozialistischen Partei, Mendes France, der Generalsekretär der sozialistischen Partei und de Gaulle-Minister Guy Mollet, der kommunistische Parteiführer Thorez, der kommunistische Fraktionsvorsitzende Duclos und die früheren Ministerpräsidenten der Mitte Reynaud, Gaillard, Daladier und Bidault.

Es ist noch nicht zu übersehen, wie die endgültige Zusammensetzung der Nationalversammlung sein wird, da vor dem zweiten Wahlgang am kommenden Sonntag die Parteialtsprachen in den einzelnen Wahlkreisen entscheidend sein werden. Nach Lage der Dinge kann man damit rechnen, daß die Kommunisten auch bei der endgültigen Zusammensetzung des Parlaments starke Einbuße erleiden werden, da sie praktisch alleinstehen und kaum eine Gruppe bereit sein wird - außer vielleicht kleine Splittergruppen - mit ihnen Wahlabsprachen zu treffen. Da sich die Sozialisten für de Gaulle und seine Politik ausgesprochen haben, können sie darauf hoffen, durch Wahlabsprachen mit kleinen Rechtsgruppen in etwa ihre bisherige Abgeordnetenzahl wieder durchzubringen. Das gleiche trifft auf die Volksrepublikaner zu, während die Radikalsozialisten nur dort mit Erfolgen rechnen können, wo sich ihre Abgeordneten für de Gaulle entschieden haben. De Gaulles Prestige ist durch diese Wahl gefestigt worden.

+ + +

Die Gretchenfrage im VW-Prozess

W. H. Es ist schwer zu sagen, was besondere Bewunderung wert ist in diesem überaus, wenn nicht schon sensationell langen Volkswagensparer-Prozess, der nun in Karlsruhe am 9. Dezember 1958 sein Ende finden soll. Kein geringerer als der Bundesgerichtshof selbst soll jetzt noch einmal klären, ob das Volkswagenwerk die Erfüllung der Verträge aus der Hitlerzeit einhalten muß. Bekanntlich waren bis Kriegsschluß insgesamt 336 638 VW-Sparverträge zwischen Deutschen und dem Werk abgeschlossen worden. Insgesamt eingezahlt wurden durch diese Sparverträge nicht weniger als 276 Millionen Reichsmark. Bis zum heutigen Tag hat keiner der Sparer von seinem Geld auch nur einen Pfennig wiedergesehen.

Kaufmann Stolz in Westfalen machte sich 1948 schon zum Sprecher dieser Sparer und gründete so etwas wie einen Hilfsverein. 1949 begann er, die erste Klage einzureichen, und seitdem häufen sich die Akten, mehren sich die Verhandlungen, ist dieser rechtliche Disput um die VW-Sparer zu einer endlos scheinenden Kette der gegenseitigen Anschuldigungen geworden.

Schon 1951 stand Stolz mit seinen Freunden in Karlsruhe, wo der Gerichtsspruch von Celle aus dem gleichen Jahre aufgehoben wurde wegen "Rechtsirrtümer", und siehe da, im Januar 1954, hatte das Oberlandesgericht in Celle herausgefunden, daß die alten Sparmarken der 130 000 Sparer in der Bundesrepublik noch Gültigkeit haben. Das hieß also, daß das Volkswagenwerk Wolfsburg liefern mußte - pro Nase einen Wagen zum Preise von 1000 DM, denn die Sparer hatten ihre Verträge unter der Robert-Ley-Devisen abgeschlossen: Jedem ein Wagen für 999 Mark. Die Herren um Generaldirektor Nordhoff waren betrübt. Sie forderten Revision. Der Bundesgerichtshof Karlsruhe erlöste die Wolfsburger aus ihrer Pein. Er hob das Urteil wieder auf (21.12.1954) und die Richter in Celle begannen nach einmal ...

Die Volkswagensparer waren frohen Mutes, doch bei der Urteilsverkündung im Oktober 1955 mußten sie sich schlagen lassen. Jetzt stellte das Oberlandesgericht fest, daß die Sparmarken zwar Sparmarken seien, jedoch das Volkswagenwerk der Nachkriegszeit nicht

24. November 1958

verpflichteten, sie einzulösen. Schließlich seien die Sparverträge ja zu einer Zeit abgeschlossen, die man teilweise nicht als normal hat bezeichnen können. Außerdem sei der Preis von 999 RM kein Preis gewesen, sondern nationalsozialistische Propaganda. - Daß das letzte Argument den Tatsachen entsprach, darüber sollte es keinen Zweifel geben!.

Doch die Vertretung der Volkswagensparerer blieb hart. Jetzt verlangte sie Revision, und alsbald klopfte es wieder an die Tür von Karlsruhe. Aber diesmal wollten die Bundesrichter nicht mehr so schnell das heiße Eisen anfassen. Sie verschoben den Termin vom Herbst 1956 auf November dieses Jahres, und inzwischen ist bekannt, daß am 9. Dezember 1958 das Urteil gefällt werden soll. Ob es das letzte Urteil sein wird?

Offenbar sind bislang auf beiden Seiten nur die "harten Bandagen" im Spiel gewesen, und die Versuche zum Kompromiß waren gleich null. Wie schwer es die Richter haben, die in Laufe der Nachkriegszeit ähnliche Prozesse schon erlebten, läßt sich ungefähr abschätzen. Am unwohlsten aber muß es jetzt den Vertretern des Volkswagenwerkes sein, denn im Zuge dieser letzten Verhandlungstage wird möglicherweise eine Frage gestellt, und zwar die: Was kostet die Herstellung des heutigen Volkswagens und was kostete sie vor 1945?

Wie immer der VW-Sparererprozeß ausgehen mag, wenn diese Gretchenfrage gestellt und beantwortet werden sollte, hat dieses zehnjährige Tauziehen seinen Sinn gehabt. Die Leute werden noch einmal begreifen, mit welcher betrügerischen Methoden ihnen im Regime der "1000 Jahre" Wohlstand und Möglichkeiten vorgegaukelt wurden - zum anderen aber wird die Öffentlichkeit erfahren, inwieweit der heutige Volkswagenpreis gerechtfertigt erscheint.

Defizit an den deutschen Hochschulen

D.P. - In diesem Wintersemester brauchte man, wollte man alle berechtigten Stipendienwünsche nach dem ehedem schon dürftigen "Honnefer Modell" erfüllen, noch etwa 13 Millionen DM. 13 Millionen DM fehlen also an einem Studentenförderungs-Stat, der - gemessen an der aufwendigen Angeberei unseres Wirtschaftswunder-Staates - einfach skandalös niedrig ist.

Dafür erleben wir nun das höchst traurige Schauspiel, daß man, nach Art eines Lotteriespielles, unter den hilfsbedürftigen Studenten siebt, daß man viele kinderbemittelte und begabte junge Menschen an der Fortführung ihres Studiums hindert. Alles das klingt beinahe wie ein schlecht gelungener Scherz, wenn man sich gleichzeitig den chronischen Mangel der Bundesrepublik an Technikern, Wissenschaftlern, Ingenieuren und Lehrkräften vor Augen führt.

Daß es sich hier aber nicht um einen Witz handelt, sondern um ernste Tatsachen, spricht für die teuflische Sorglosigkeit und Überheblichkeit unserer Verantwortlichen gegenüber der Gefahr, der wir als - unfreiwillige - Teilnehmer an einem gewaltigen Wettkampf Tag für Tag ausgesetzt sind.

Es wäre vielleicht nützlich, einmal auf die wesentlich andere Lage, etwa der polnischen - um nur einen Ostblockstaat in dieser Hinsicht zu untersuchen - Studenten hinzuweisen. Ein Student erhält in Polen im Monat 430 Zloty. Davon werden ihm 120 Zloty für die Verpflegung und 9 (!) Zloty für die Miete in eigenen Studentenheimen abgezogen. Der Rest von 300 Zloty - etwa DM 200 - bleibt ihm zur freien Verfügung (Bücher, Kleidung etc.). Durch halbjährliche Leistungsprüfungen verschafft man sich außerdem die Gewähr, die genannten Gelder nicht umsonst ausgegeben zu haben. Und der Erfolg: die Zahl der Studierenden liegt in Polen relativ und absolut höher als in der Bundesrepublik; mit dem Leistungsniveau verhält es sich ähnlich!

Sollte es nicht die Pflicht aller sein, im Bewußtsein der großen Bedeutung einer intensiven Förderung der Intelligenz unseres Volkes, in Zukunft die großen Worte zugunsten entscheidender Tatsachen zu vernachlässigen?

Hilfe durchs Radio?

K.J. - Aus den USA ist wieder einmal eine tröstliche Nachricht gekommen: Ungefähr zehn Millionen Amerikaner werden einen Atomkrieg überleben, wenn sie sich zuvor ein Kleinradio, einen Transistor-Empfänger, zulegen.

Dieser Meinung ist jedenfalls das Mitglied der amerikanischen Atom-Energie-Kommission Libby. Er meint, jeder US-Bürger sollte baldmöglichst so ein Kleinradio erhalten - mit Geigerzähler zusätzlich ausgerüstet, damit jeder auch gleich selber prüfen kann, wie stark die radioaktive Strahlung ist, durch die er umgebracht werden soll. Stellt er dabei fest, daß er noch einmal davonkommt, kann er gleich über sein Radio Kontakt mit den Behörden aufnehmen.

So ist das jedenfalls gedacht. Der Behörden-Kontakt soll natürlich nicht dazu dienen, mitzuteilen, wann die nächste Steuererklärung fällig ist. Wahrscheinlich will man dem US-Bürger helfen, aus einer mißlichen Situation herauszukommen, ihm einen Krankenwagen schicken, Rettungstrupps, etwas zu essen. Was aber, wenn die nächsten Behörden selber dann gar nicht mehr existieren? Wenn die Leute, die da sitzen, tot sind oder zuviele eigene Sorgen haben? Daß jeder sechzehnte Amerikaner gerettet werden kann, ist sicher schon optimistisch gerechnet

Wie dem auch sei: Man kann sich immer nur wundern, wie trocken und nüchtern heute so dahergeredet wird und welche Prophylaxen gegen das Atomsterben angeboten werden. Im Ernstfall klappt doch nichts. Wir möchten das Rettungs-Radio nicht auf die Probe stellen, ebensowenig wie die Atom-Pillen, die kürzlich auch schon einer angeboten hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel